

jetzt vom eigenen Hauptquartier bestätigt. Zwei Drittel der irakischen Soldaten, so verkündete ein Sprecher des Central Command in Riad, waren schon vor Beginn des Landkrieges getötet worden – mit Bomben und ohne „Vernichtungsschlacht“, wie sie Schwarzkopf vorschwebte.

Womöglich gab es aber weit mehr Opfer. Ein Angehöriger des amerikanischen Streitkräftegeheimdienstes mißtraut den Angaben: „Die Jungs im Feld zählten ja gar nicht, und sie tun's noch immer nicht. Sie haben die Leichen einfach in Massengräber geworfen und mit Sand bedeckt.“

Unter den schnell Verscharreten müßten sich auch die Leidtragenden eines Gemetzels befunden haben, das amerikanische „Apache“-Helikopter anrichteten. Es gibt Augenzeugen, die das Abschlagen gesehen haben – auf einem Videofilm, der ihnen beim XVIII. Airborne Corps in Riad gezeigt wurde.

John Balzar, ein Reporter der *Los Angeles Times*, sagt nach seiner Rückkehr in die USA: „Das Video war außerordentlich detailreich. Es war mit Infrarot aufgenommen worden und flackerte deshalb mit diesem unheimlichen Grün und Weiß. Es war sogar einigen der Militärs zu anschaulich, manchen drehte sich der Magen um.“

Der Film zeigt den Angriff von Apaches auf einen Komplex von Bunkern. Überlebende laufen aus den Unterständen direkt in das Feuer aus den Kanonen der Kampfhubschrauber, die pro Minute 625 Schuß abgeben. Balzar:

Einer nach dem anderen wurde von den Angreifern niedergemäht. Ein Mann fiel hin, krümmte sich auf dem Boden und stand wieder auf, doch die nächste Salve riß ihn um. Die Soldaten, auf dem Video groß wie Fußballspieler auf einem TV-Bildschirm, rannten umher und konnten nirgendwo in Deckung gehen.

Die fast lautlosen Arme-Apaches gehörten zu den wirkungsvollsten Tötungsapparaten des Golfkriegs. Dabei ging die Schießwut der Piloten so weit, daß General Schwarzkopf aus Kostengründen vor dem „übermäßigen Gebrauch von Feuerkraft“ warnte.

Die Piloten schienen vom Geschehen am Boden unberührt. „Wir schossen sie in der Dunkelheit zusammen“, erzählt der Apache-Pilot Ron Balak. „Die begriffen gar nicht, wer und was sie da getroffen hat. Ein Kumpel sagte zu mir, es sei wie bei einem Angriff auf eine Farm gewesen, als habe jemand den Schafstall geöffnet.“

Solche Beschreibungen, der Untergang des Konvois und Schwarzkopfs Wunsch nach der totalen Zerstörung des Gegners lassen in den USA nun vielfach das Gefühl aufkommen, der Krieg am Golf sei doch wieder so schmutzig gewesen wie der in Vietnam.

Ruth Rosen, Historikerin an der University of California, macht Hollywood und die Pop-Kultur mit verantwortlich. Sie habe mit Filmen wie *Top Gun* und *Rambo* einer „Glorifizierung des Militarismus“ das Wort geredet und dem Vietnam-Syndrom in den USA „das Rückgrat gebrochen“.

Der Essayist John Leo geißelt im Magazin *U.S. News & World Report*, daß die vom Militär gezeigten Videos die Illusion eines antiseptischen Konflikts erweckt und „nur geschmackvollen Horror“ gezeigt hätten.

Die Waffen des Westens waren mit der Gewalt und Plötzlichkeit einer Naturkatastrophe über den Nahen Osten gekommen. „Nehmen Sie als Beispiel nur den Mehrfachraketenwerfer



Textilgeschäft in Moskau: „Wofür haben wir den Sozialismus aufgebaut?“

MLRS“, sagt Donald Kerr, der Golfkrieg-Analytiker des Internationalen Instituts für Strategische Studien in London. Jeder der Raketenwerfer kann pro Minute 7728 Gefechtsköpfe verschießen.

Das Grauen vom Mutla Ridge bleibt als Symbol des irrwitzigen Waffeneinsatzes erhalten. Auch die nachgeschobene Erklärung, die fliehenden Iraker hätten Plünderware mitgeführt, unterstreicht nur den Zynismus, mit dem die Auslöschung der Geschlagenen geplant wurde – ein Massenmord wegen gestohlener Strumpfhosen und Nagellack, Teppichen und Taucherbrillen?

Es liege „in der Natur des Krieges“, daß man oft auch „sehr brutale Dinge“ tun müsse, rechtfertigt der Vier-Sterne-General Merrill McPeak das Massaker. Bei anderer Gelegenheit verglich der Stabschef der U.S. Air Force den Luftkrieg am Golf mit einer Luftfahrtschau.

Sowjetunion

## Ein Glas Milch

Drastische Preissteigerungen bringen keine Waren in die Läden, fördern aber den Volkszorn. Gorbatschow-Rivale Boris Jelzin erhielt Sondervollmachten.

**D**ies sollte der Tag des großen Umschwungs sein, am vorigen Dienstag: „Tag X“ wie einst in Westdeutschland zur Währungsreform 1948, als sich über Nacht die Regale in den Läden mit allen guten Dingen füllten.

Auch Sowjetfirmen hatten in Erwartung besserer Erlöse seit einem Jahr

Waren gehortet, das Militär hatte riesige Reserven, die Regierung einen Devisenschatz für Importe angesammelt.

Nun war es soweit. Auf einen Streich erhöhte die sowjetische Unionsregierung des Ministerpräsidenten Walentin Pawlow dramatisch alle Preise für die Grundbedürfnisse der Bürger (außer die Mieten). Pawlow, bislang bekannt als bedenkenloser Geldvermehrter per Notendruck, ließ auch die Sparguthaben einfrieren und änderte den Devisenkurs.

Der Rubel ist fortan (außer im Außenhandel) nur noch sechs Pfennig wert. Das heißt: Moskau läßt nun offiziell den Sowjetmenschen durchschnittlich 20 Mark im Monat verdienen. „Das ist weniger“, bemerkte die *Komsomolskaja prawda*, „als ein Elender irgendwo in Papua oder Mosambik verdient.“

Über Nacht wurden sämtliche Preisschilder zwischen Ostsee und Pazifik

ausgewechselt, um – so hieß es – ernst zu machen mit der Marktwirtschaft, die Geldläwne aufzufangen und mehr Waren in die Geschäfte zu zaubern. „Ein großes Stimulans für die Produzenten“, frohlockte die *Prawda* angesichts der drei- bis fünfmal gesteigerten Preise.

65 neue Preislisten à 335 Seiten erreichten um Mitternacht, neun Stunden vor Geschäftsöffnung, den Moskauer Lebensmittelladen Nummer 57. Und die Anordnungen reichten nicht hin, um Detailfragen zu klären: Fällt ein künstlicher Tannenbaum unter die zu verteuerten Plastikartikel oder zählt er zum weiterhin subventionierten Spielzeug?

Eine Mitarbeiterin von der Stadtverwaltung Jaroslaw entschied in ungewohnter Eigenmacht: Importseife sei erst einmal im Preis zu verdoppeln, bis zur weiteren Klärung. Bei Mischgewebe fand sie einen Kompromiß, da die Regierung Baumwolle und Seide nur getrennt Neubewertet hatte. Vor den Drehkreuzen der U-Bahn, zu öffnen mit Fünf-Kopeken-Münzen, stauten sich die Moskauer. Der Fahrpreis war verdreifacht worden.

Die Regale in den Läden aber präsentierten sich wie gewohnt leer, das erwartete Wunder war ausgeblieben. „Es gibt keinerlei Vorräte“, desillusionierte Vize-Handelsminister Kondraschow ein weiteres Mal die Hoffenden: „Alles, was aus den Betrieben kommt, geht sofort über den Ladentisch, doch geliefert wird immer weniger, allein bei Schuhen fehlen 23 Millionen Paar im Vergleich zum Vorjahr.“

Es kam kein Nachschub aus den Lagerhäusern. Weiterhin herrscht der Mangel – zum Vorteil des Schwarzhandels. Die Armee gab ihre Vorräte nicht frei. Die Mittel aus dem Ausland sind in unbekannter Richtung verschwunden.

Brot war nach den Hamsterkäufen vor dem Tag X wieder zu haben, aber kaum Milch. Ein Kilo Wurst kostet jetzt mit 20 Rubel die Rente einer Woche, das Mittagessen in einer Gaststätte statt anderthalb Rubel mehr als drei. Mehl und Zucker gibt es weiterhin auf Bezugschein, auch Bier. Doch die Marken für den Monat April sind noch im Druck.

Im fast völlig geräumten Moskauer Kaufhaus „Moskwa“ bleiben sogar Knöpfe rationiert, 30 Stück pro Kunden. Das abtrünnige Georgien – alle Bundesländer der UdSSR haben die



**Russen-Idol Jelzin: „Eine neue Diktatur“**

Preissteigerung mitgemacht – übte Souveränität und verdoppelte den Wodka-Preis, der in der übrigen Union unangestastet blieb.

„Wofür haben wir 73 Jahre lang den Sozialismus aufgebaut, wenn uns die Regierung kaum mehr als ein Glas Milch gibt?“ empörte sich die Moskauer Bürgerin Jermakowa in der Zeitung.

Ein Teuerungszuschlag auf die Löhne von durchschnittlich 21 Prozent deckt mitnichten 80 Prozent der Mehrausgaben, wie das die Regierung behauptet hatte. Der Preisschub dient dazu, Subventionen zu streichen und das horrende Staatsdefizit zu senken – auf Kosten der Bürger. Im alten Stil expropriieren die Kommunisten das niedere Volk.

Arbeitsveteran Winogradow macht sich Luft: „Wir haben Kraft und Gesundheit für so viele vermeintlich lichte Ziele hingegeben, um dafür jetzt vom Staat mit peinlichen 65 Rubel Kompensation abgespeist zu werden. Nun kann man nicht mal mehr ins Kino gehen.“

Die Kompensationszahlungen, die mit 200 Milliarden Rubel die Hälfte der Mehreinnahmen aus den Preissteigerungen aufsaugen, seien durch keinerlei Waren gedeckt, urteilt Gorbatschows ehemaliger Wirtschaftsberater Nikolai Petrakow. „Sie werden die Inflation gewaltig anheizen“, prophezeit er, „da zusätzliches Geld gedruckt werden muß. Daß die Reform mehr Waren in die Geschäfte bringt, ist eine Legende. Der Warenmangel ist unvorstellbar, so daß selbst die höheren Preise akzep-

tiert werden.“ Genauer: Unter dem staatlichen Wirtschaftsmonopol bringen höhere Preise zwar mehr Geld in die Staatskasse, aber sie reizen nirgendwo zu mehr Produktion an. Petrakow: „Selbst wenn alle Preise freigegeben würden, fehlt die nötige Konkurrenz. Denn die Regierung fürchtet die Privatisierung wie der Teufel das Weihwasser.“

Und der Reform-Ökonom Nikolai Schmeljow ergänzt: „Die höheren Einkommen der Betriebe werden von der Steuer wieder aufgefressen, die Subventionen bleiben, Militär und Staatsapparat verschlingen weiterhin Unsummen.“ An den künstlichen Preisstrukturen, dem „schlimmsten Erbe des Stalin-Regimes“, habe sich gar nichts geändert.

Der Dreistigkeit, die Bürger bis zum Existenzminimum zu enteignen, zogen die Bergarbeiter eine Grenze – mit der Drohung, durch ihren Streik das Land endgültig an den Rand des wirtschaftlichen

Bankrotts zu führen. Premier Pawlow empfing wider Willen 500 Abgesandte aus den Kohlerevierern und versprach, die amtlich verordnete Inflation nur für sie wieder aufzuheben, durch Verdreifachung ihrer Löhne.

Doch die proletarische Basis wies das Zuckerbrot zurück: Was sollten einzelne wirtschaftliche Zugeständnisse, wenn das ganze politische System mardere sei?

Auch Gorbatschow nahm an dem Beschwichtigungsmanöver teil. Diesen Montag, so kündigte der Präsident im Kreml an, wolle er dem Kabinett das „Anti-Krisen-Programm“ vorlegen. Zornig reagierte er auf das Arbeiterverlangen nach Rücktritt: Dafür sei allein das Parlament zuständig, die Bergleute sollten sich nicht für dunkle politische Ziele einspannen lassen.

Er meinte: für seinen Herausforderer Boris Jelzin. Der stellte sich zur gleichen Zeit im Nachbargebäude des Kreml einem Sonder-Volkskongreß der Russischen Föderation, den seine kommunistischen Gegner anberaunt hatten. Die Bergleute wollten Jelzins Sturz verhindern, sie wünschen die Volkswahl des russischen Parlamentsvorsitzenden Jelzin zum mächtigen Präsidenten von Rußland, als Gegengewicht zu Gorbatschow, dem Präsidenten der sowjetischen Union.

Solche Solidarität hatte Jelzin nötig. Denn die KP-Konservativen im Kongreß versuchten, ihm die Vertrauensfrage zu stellen und sogar das Votum des Referendums vom 17. März zur di-

rekten Präsidentenwahl rückgängig zu machen. Jelzin kämpfte für seine persönliche Macht, wettete sein Vize im Parlamentsvorsitz, Wladimir Issakow. Im gleichen Tonfall, wie der seinerzeitige Außenminister Schewardnadse im Dezember vor Gorbatschow gewarnt hatte, warnte Issakow nun vor Jelzin: „Ich kann nicht schweigen, wenn ich sehe, wie unter dem Schleier heiliger Werte und mit demagogischem Getörmel eine neue Diktatur heraufzieht.“

Issakow beschuldigte seinen Landsmann aus Swerdlowsk, auf das Chaos zu setzen: Je schlechter das Leben, um so größer werde Jelzins Popularität. Der Deputierte Nikolai Trawkin von der Demokratischen Partei Rußlands hielt entgegen, Jelzin sei der einzige Führer mit einem Vertrauenscredit beim Volk.

So ist es wohl. Unter dem Druck der Straße, des Grubenstreiks und der durch die Inflation verschärften Wirt-

schaftskrise vollzog Rußlands KP-Chef Iwan Poloskow, die Galionsfigur der Konservativen, eine plötzliche Kehrtwendung. Er erklärte, künftig mit Jelzin „konstruktiv“ zusammenarbeiten zu wollen. Von Sturz war keine Rede mehr.

Der Kongreß beschloß, im Mai die Verfassung zu ändern und schon am 12. Juni einen Präsidenten Rußlands wählen zu lassen. Mehr noch: Um „den zivilen Frieden und die öffentliche Ordnung in Rußland“ wiederherzustellen, stattete der Volkskongreß ihn vorab mit allen jenen Sondervollmachten aus, die Jelzin seinem Gegner Gorbatschow allemal als Griff nach der Diktatur ausgelegt hatte. Nun darf auch Jelzin Dekrete mit Gesetzeskraft erlassen.

„Das wird ein hartes Stück Arbeit, die Kompetenzen der beiden Staatsoberhäupter abzugrenzen“, äußerte düster Gorbatschow-Berater Rewenko. Sein Chef soll sich vorige Woche vor

Bergarbeitern aus der Ukraine bemüht haben, seinen Widersacher in die Verantwortung einzubinden. Es gebe nur einen Menschen, so sagte Gorbatschow angeblich, der jetzt die Katastrophe in der Industrie verhindern könne – Boris Jelzin.

Nur beide zusammen können die Generalkrise der Sowjetunion verhindern. Moskaus Stadtverwaltung, die Hochburg der radikalen Reformer, übte denn auch schon Schulter-schluß mit Gorbatschow, dessen Demonstrationsverbot der vorletzten Woche sie sich noch wütend widersetzt hatte.

Die Rathaus-Demokraten hatten selbst seit Jahresanfang immer wieder Hunderttausende gegen Gorbatschow auf die Straße gerufen. Vorige Woche, vor dem russischen Ostern am 7. April, untersagten sie alle angekündigten Demonstrationen, um vor dem „lichten und friedlichen Osterfest“ die Spannungen nicht weiter anzuheizen.

# „Wie es ausgeht, weiß niemand“

Im früheren Gulag-Gebiet Workuta fordern Bergarbeiter den Rücktritt der Sowjetregierung

Die Stadt am Nord-Ural, 1700 Kilometer von Moskau entfernt, ist auf Kohle gegründet. Im Straßenatlas der Sowjetunion ist die Agglomeration von 200 000 Menschen nicht verzeichnet, es führt auch keine Straße dorthin. Weicht die Polar-kälte von 30 bis 40 Grad für einen kurzen Sommer, kommen die Stechmücken. Taut der Boden auf, dann sacken im Morast Gebäude ohne tiefe Fundamente ab wie unlängst das Stadttheater.

Allerorts ragen Latten mit eingebraunten Nummern aus der Erde, mitunter auch Kreuze. Dort sind über dem ständig gefrorenen Boden jene verscharrt, welche die Siedlung nahe dem nördlichen Eismeer errichtet haben – deutsche Kriegsgefangene, politische Häftlinge. Der Name dieser Vorhölle ist Workuta.

Hier traten die Zwangsarbeiter gleich nach Stalins Tod 1953 in den Streik. Sie wurden zusammengeschossen. Später entdeckten die Ökonomen des Staatskapitalismus, daß sich Sklavenarbeiter weniger rentieren als gut bezahlte Kumpel, die nicht fürs Überleben malochen, sondern für einen hohen Lebensstandard. Die Häftlinge wurden freigelassen. In die 13 Arbeitslager für jeweils einen Schacht kamen Arbeiter, die dreifacher Durchschnittslohn lockte.



Gräber von Gulag-Opfern in Workuta: Strafkolonie für deutsche Gefangene

Nun streiken auch sie. Die Inflation frißt die Lohnzuschläge, die Geldscheine („Holzruble“) sind nichts mehr wert. Und die Lebensverhältnisse in Workuta drohen sich wieder der Gulag-Zeit zu nähern.

Nach ersten Warnstreiks im Sommer 1989 und Ende vorigen Jahres verlangten im März die Männer in den Gruben

doppelten Lohn und Sicherheit unter Tage, was die Regierung zunächst verweigerte. So fordern sie jetzt den Rücktritt der Regierung und gleich auch noch die Auflösung des Unionsparlaments: „Wozu brauchen wir so ein Parlament, das seine ganze Macht an einen Präsidenten abgetreten hat?“ fragt Wladimir Filenko, 34.